

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/056(V)/12			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Montag, 12.11.2012	Ratssaal	16:00Uhr	18:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

- 7 Beschlussfassung durch den Stadtrat

- 7.21 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 410-5 "Buckauer Insel" DS0233/12
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

- 7.22 Öffentliche Auslegung des Entwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 267-1.1 "Thomas-Mann-Straße" DS0234/12
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

- 7.23 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 428-1 A "Salbker Chaussee Nordseite", Teilbereich A DS0255/12
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

- 7.24 Abwägung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178-4A "Südlich Peter-Paul-Straße" DS0264/12
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

- 7.25 Satzung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178-4A "Südlich Peter-Paul-Straße" DS0265/12
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

7.26	Abwägung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178-4B "Südlich Hafestraße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0266/12
7.27	Satzung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178-4B "Südlich Hafestraße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0267/12
7.28	Abwägung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178-4C "Stendaler Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0268/12
7.29	Satzung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178-4C "Stendaler Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0269/12
7.30	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum B-Plan Nr. 451-4 "Porsestraße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0283/12
7.31	Bebauungsplan Nr. 368-1 A "Kümmelsberg Westseite", Teilbereich A - Änderung des Stadtratsbeschlusses zur DS0313/10 (Beschluss-Nr. 648-26(V)10) BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0078/11
7.31.1	Bebauungsplan Nr. 368-1 A "Kümmelsberg Westseite", Teilbereich A - Änderung des Stadtratsbeschlusses zur DS0313/10 (Beschluss- Nr. 648-26V(10)) Fraktion CDU/BfM	DS0078/11/1
7.32	Vorhabenbezogener Bebauungsplan westlich der Straße Kümmelsberg BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0251/11
7.32.1	Vorhabenbezogener Bebauungsplan westlich der Straße Kümmelsberg Fraktion CDU/BfM	DS0251/11/1
8	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
8.1	Übertragung der Stadtratssitzungen Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! WV v. 09.12 10	A0171/10
8.1.1	Übertragung der Stadtratssitzungen	S0030/11
8.1.2	Übertragung der Stadtratssitzungen	S0247/12

8.2	Einheits- und Partnerschaftsradweg MD - BS zum Jubiläum der Städtepartnerschaft Fraktion SPD-future! WV v. 31.05.12	A0054/12
8.2.1	Einheits- und Partnerschaftsradweg MD - BS zum Jubiläum der Städtepartnerschaft	S0166/12
8.3	Tag der Bibliotheken FDP-Ratsfraktion WV v. 31.05.12	A0056/12
8.3.1	Tag der Bibliotheken	S0165/12
8.4	Sportbegeisterung bei Kindern und Jugendlichen wecken Fraktion CDU/BfM WV v. 05.07.12	A0066/12
8.4.1	Sportbegeisterung bei Kindern und Jugendlichen wecken	S0215/12
8.5	Engstelle Adelheidring/Olvenstedter Straße beseitigen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WV v. 05.07.12	A0074/12
8.5.1	Engstelle Adelheidring/Olvenstedter Straße beseitigen	S0229/12
8.6	Fairtrade-Stadt Magdeburg Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WV v. 06.09.12	A0095/12
8.6.1	Fairtrade-Stadt Magdeburg	S0244/12
	Antrag aus der Sitzung Jugend im Stadtrat	
8.7	Ratsbeschlüsse für Jugendliche aufbereiten und kommunizieren WV v. 12.01.12	A0184/11
8.7.1	Ratsbeschlüsse für Jugendliche aufbereiten und kommunizieren	S0155/12
	Neuanträge	
8.8	Gedenkbuch Feld der Vereinten Nationen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	A0116/12

8.9	Anbindung Lutherweg an Magdeburg Interfraktionell	A0117/12
8.10	Bäume Einsteinstraße Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	A0118/12
8.11	Mehr Bürgerbeteiligung Interfraktionell	A0119/12
8.12	Orientierungshilfe im Wohngebiet "Am Birnengarten" FDP-Ratsfraktion	A0120/12
8.13	Einführung von QR-Codes prüfen FDP-Ratsfraktion	A0121/12
8.14	Würdigung 10 Jahre Magdeburger Bürgerdenkmal Interfraktionell	A0125/12
8.15	"Magdeburg summt!" (- und Otto brummt) Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0126/12
8.16	Festsetzung der Sudenburger Streuobstwiese im FNP Interfraktionell	A0127/12
8.17	Weiterentwicklung Tierheim Magdeburg Fraktion CDU/BfM	A0128/12
8.17.1	Weiterentwicklung Tierheim Magdeburg Interfraktionell	A0128/12/1
8.18	Gestaltung des Berliner Mauerstücks in der Magdeburger Innenstadt Interfraktionell	A0129/12
8.19	Torsten-Lamprecht-Brücke Interfraktionell	A0130/12
8.20	Einrichtung einer Arbeitsgruppe (AG) "Wildtiere in der Stadt" Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0131/12
8.21	Zooeingang Nord Interfraktionell	A0122/12
8.22	Elektrofahrzeuge für Fuhrpark der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/BfM	A0123/12
8.22.1	Elektrofahrzeuge für Fuhrpark der LH Magdeburg Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	A0123/12/1
10	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	

10.1	Behinderungen der MVB durch Falschparker SR Reppin	F0237/12
10.2	Aktueller Stand der Straßenbahn-Trassenverlängerung nach Neu Reform inklusive Ausgleichsmaßnahmen im Freibad Süd SR'n Bork und SR Boeck	F0230/12
10.3	Reparatur der defekten Brücke über die Schrote SR Czogalla	F0219/12
10.4	Termine Eheschließungen SR'n Schumann	F0224/12
10.5	Handy-Parken SR Dr. Kutschmann	F0229/12
10.6	Preußische Ganzmeilensäule SR Meister	F0215/12
10.7	Knattergebirge SR Meister	F0218/12
10.8	Mehrgenerationenhaus Neustädter Feld SR Lischka	F0227/12
10.9	Wohnungsmarkt in Magdeburg SR Wendenkampf	F0231/12
10.10	Elterngeld SR Wendenkampf	F0232/12
10.11	Bewerbung Magdeburgs um Durchführung eines Kirchentages 2016 SR H.-J. Schuster	F0222/12
10.12	Wohnraum in Magdeburg SR H.-J. Schuster	F0235/12
10.13	Öffentliche Aufwendungen für übertragene städtische Objekte SR Schwenke	F0233/12
10.14	Jagd in Magdeburg SR Fassl	F0238/12
10.15	Aussonderung alter Tatra-Straßenbahnen SR Müller	F0239/12
10.16	Raumkonzept am Schulstandort Schmeilstraße SR Müller	F0240/12
11	Informationsvorlagen	
11.1	Förderprogramm STÄRKEN vor Ort	I0204/12

11.2	Parkraumkonzept Rothensee	I0216/12
11.3	Berichterstattung zum Stand der vernetzten Pflegeberatung in der Landeshauptstadt Magdeburg	I0224/12
11.4	Ergänzung zur Stellungnahme S 0103/12	I0225/12
11.5	Übersicht der Wettbewerbe mit Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg	I0228/12
11.6	Gesamtbetrachtung Ottostadt Magdeburg Dachmarkenkampagne	I0232/12
11.7	Inanspruchnahme von investiven übertragenen Auszahlungsermächtigungen 2011 - Stand: 31.08.2012	I0238/12
11.8	Durchführung von Gedenkveranstaltungen - Gedenkkalender für Magdeburg	I0240/12
11.9	Arbeitsstand der AG Grundwasser der Landeshauptstadt Magdeburg	I0245/12
11.10	Einladung zur Einwohnerversammlung für den Stadtteil Hopfengarten	I0254/12

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eröffnet die 56. (V) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste, Mitarbeiter der Verwaltung und Medienvertreter. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	34	“	“
maximal anwesend	46	“	“
entschuldigt	11	“	“

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst informiert, dass der Einwand von Stadtrat Hans, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, in der Sitzung des Stadtrates am 08.11.2012 zur Abberufung im Jugendhilfeausschuss berechtigt ist. Sie merkt an, dass derzeit eine rechtliche Prüfung durch die Verwaltung erfolgt und das Ergebnis der Prüfung in der Sitzung des Stadtrates am 06.12.12 vorliegen wird.

Durch die geänderte Zusammensetzung der SPD-Stadtratsfraktion ändert sich das Stärkeverhältnis der Fraktionen im Stadtrat. Dies hat Auswirkungen auf die Besetzung einiger Ausschüsse, erklärt die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst.

Frau Wübbenhorst eröffnet das Losverfahren zur Besetzung des 9. Sitzes für die beschließenden Ausschüsse FG, StBV und VG, des 5. und 6. Sitzes des BA SFM und den 24. sachkundigen Einwohner. Die Lose werden durch Frau Wübbenhorst öffentlich gezogen und die Ergebnisse bekanntgegeben.

Das Los für den 9. Sitz im Ausschuss FG entfällt auf die SPD-Stadtratsfraktion.

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1533-56(V)12

Die SPD-Stadtratsfraktion benennt Herrn Stadtrat Jens Hitzeroth für den 9. Sitz im Ausschuss FG.

Das Los für den 9. Sitz im Ausschuss StBV entfällt auf die Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei.

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1534-56(V)12

Die Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei benennt Herrn Stadtrat Josef Fassel für den 9. Sitz im Ausschuss StBV.

Das Los für den 9. Sitz im Ausschuss VG entfällt auf der Fraktion CDU/BfM.

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1535-56(V)12

Die Fraktion CDU/BfM benennt Herrn Stadtrat Michael Hoffmann für den 9. Sitz im Ausschuss VG.

Das Los für die 5. und 6. Sitze im BA SFM entfallen auf die Fraktionen CDU/BfM und DIE LINKE/Tierschutzpartei.

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1536-56(V)12

Die Fraktion CDU/BfM benennt Herrn Stadtrat Häusler für den 5. Sitz im BA SFM.

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1537-56(V)12

Die Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei benennt Herrn Stadtrat Josef Fassel für den 6. Sitz im BA SFM.

Das Los für den 24. sachkundigen Einwohner entfällt auf die Fraktion CDU/BfM.

Die Benennung durch die Fraktion CDU/BfM erfolgt in der nächsten Sitzung des Stadtrates am 06.12.2012.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst stellt fest, dass sich durch das geänderte Kräfteverhältnis im Stadtrat die Anzahl der Zugriffe der Fraktionen auf die Ausschussvorsitze nicht geändert hat. Allerdings ist die Reihenfolge der Zugriffe neu festzustellen.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eröffnet das Losverfahren für die Zugriffe 1 – 6 und 9 – 11 der Vorsitze der Ausschüsse aufgrund des gleichen Stärkeverhältnisses der SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion CDU/BfM und Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei.

Die Lose für die Zugriffe 1 – 6 entfallen wie folgt:

1. Zugriff - Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei - Kulturausschuss

Die Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei benennt für den Vorsitz Frau Stadträtin Karin Meinecke.

2. Zugriff - SPD-Stadtratsfraktion - Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Die SPD-Stadtratsfraktion benennt für den Vorsitz Herrn Stadtrat Olaf Czogalla

3. Zugriff - Fraktion CDU/BfM - Finanz- und Grundstücksausschuss

Die Fraktion CDU/BfM benennt für den Vorsitz Herrn Stadtrat Reinhard Stern

4. Zugriff - SPD-Stadtratsfraktion - Ausschuss für Schule, Bildung und Sport

Die SPD-Stadtratsfraktion benennt für den Vorsitz Herrn Stadtrat Burkhard Lischka

5. Zugriff - Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei - Ausschuss für Rechnungsprüfung u. Beteiligungscontrolling

Die Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei benennt für den Vorsitz Herrn Stadtrat Hilmar Schoenberger.

6. Zugriff - Fraktion CDU/BfM - Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik

Die Fraktion CDU/BfM benennt für den Vorsitz Herrn Stadtrat Hubert Salzborn.

7. Zugriff - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Ausschuss KRB

Der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen benennt für den Vorsitz Herrn Stadtrat Olaf Meister.

8. Zugriff – FDP-Fraktion - Ausschuss VG

Die FDP-Fraktion benennt für den Vorsitz Herrn Stadtrat Dr. Helmut Hörold.

9. Zugriff - SPD-Stadtratsfraktion - Ausschuss für Umwelt und Energie

Die SPD-Stadtratsfraktion benennt für den Vorsitz Herrn Stadtrat Martin Rohrßen.

10. Zugriff - Fraktion CDU/BfM - Gesundheits- und Sozialausschuss

Die Fraktion CDU/BfM benennt Herrn Stadtrat Jens Ansorge.

11. Zugriff - Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei - Ausschuss für Familie und Gleichstellung

Die Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei benennt für den Vorsitz Herrn Stadtrat Oliver Müller.

Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1560-56(V)12

Herr Stadtrat Martin Danicke wird aus dem Vergabeausschuss abberufen.

Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1561-56(V)12

Frau Stadträtin Ursula Biedermann wird aus BA SFM abberufen.

Durch feststellenden Beschluss

Beschluss-Nr. 1538-56(V)12

nimmt der Stadtrat die oben aufgeführte Reihenfolge der Zugriffe und Besetzung der Ausschussvorsitze zustimmend zur Kenntnis.

7. Beschlussfassung durch den Stadtrat

7.21. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 410-5 "Buckauer Insel" DS0233/12
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Stadträte Teile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei und Stern, Fraktion CDU/BfM, erklären gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1539-56(V)12

1. Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 und § 2 Abs.1 Satz 1 BauGB soll für das Gebiet, welches umgrenzt wird:
 - im Norden durch die Südseite der Warschauer Straße (südliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 959/47 der Flur 439),
 - im Osten durch die Ostseite der Freien Straße (östliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 11/2 der Flur 439),

- im Süden durch die Südseite der Marienstraße (südliche Flurstücksgrenze der Flurstücke 10061, 10062 und 93/15 der Flur 439),
- im Westen durch die Westseite der Dodendorfer Straße (westliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 173/4 der Flur 438),

ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Ausweisung der Buckauer Insel als Allgemeines Wohngebiet im nördlichen Teil und als Mischgebiet im südlichen Teil
- Ergänzung der vorhandenen Erschließungsstruktur,
- Ergänzung der vorhandenen Bebauung unter Beachtung der Baudenkmale,
- Ausweisung von Flächen für den ruhenden Verkehr,
- Sicherung und ggf. Erweiterung der vorhandenen Grünflächen,
- Prüfung von Festsetzungsmöglichkeiten zur Nutzung regenerativer Energien,

Der Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg entwickelt. Im Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg ist der Bereich als Grünfläche, Wohnbaufläche und gemischte Baufläche ausgewiesen.

3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung durch 14-tägige Offenlegung des Aufstellungsbeschlusses, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten, im Stadtplanungsamt Magdeburg und durch eine Bürgerversammlung erfolgen.

7.22.	Öffentliche Auslegung des Entwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 267-1.1 "Thomas-Mann-Straße"	DS0234/12
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1540-56(V)12

1. Der Bebauungsplan wird nach § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB weitergeführt.
2. Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 267-1.1 „Thomas-Mann-Straße“ und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt.

3. Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 267-1.1 „Thomas-Mann-Straße“ und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen.

Die von der Planaufstellung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 i. V. mit § 4a Abs. 2 BauGB parallel zur öffentlichen Auslegung zu beteiligen. Von der frühzeitigen Behördenbeteiligung wird gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.

7.23. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 428-1 A "Salbker Chaussee Nordseite", Teilbereich A DS0255/12
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 6 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1541-56(V)12

1. Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 8 sowie § 2 Abs.1 Satz 1 BauGB soll der Bebauungsplan Nr. 428-1 A „Salbker Chaussee Nordseite“, Teilbereich A in einem Abschnitt geändert werden.

Das zu ändernde Gebiet wird wie folgt umgrenzt:

- Im Norden: durch die Nordgrenzen der Flurstücke 22/4, 21/10, 21/12 und 18/4 (Flur 609)(Nordgrenze des Bebauungsplanes 428-1 A, teilweise),
- im Osten: durch die Ostgrenze des Bebauungsplanes 428-1 A (Westgrenze Straße Zum Bördepark),
- im Süden: durch eine gedachte, parallel zu den Nordgrenzen der Flurstücke 18/8, 21/4 und 21/7 (Flur 609) in einem Abstand von 10 Meter verlaufende Linie, die Westgrenze des Flurstücks 21/7 (Flur 609) (teilweise), die Westgrenze des Flurstücks 21/8 (Flur 609) und die Südgrenzen der Flurstücke 10150 und 10148 (Flur 609),
- im Westen: durch die Westgrenzen der Flurstücke 10148, 10149 und 22/4 (Flur 609).

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

Das Änderungsverfahren wird gemäß § 13 a BauGB durchgeführt. Von einer Umweltprüfung wird nach § 2 Abs. 4 BauGB abgesehen.

2. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:
Es soll ein Sondergebiet Einzelhandel (Möbel) ausgewiesen werden.
Der Flächennutzungsplan stellt im Bereich des Änderungsgebietes gewerbliche Baufläche dar. Der F-Plan ist anzupassen.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung durch 14-tägige Offenlegung des Aufstellungsbeschlusses, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten, im Stadtplanungsamt Magdeburg, erfolgen.

7.24. Abwägung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178-4A DS0264/12
"Südlich Peter-Paul-Straße"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Fassl, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, ob Maßnahmen zum Hochwasserschutz vorgesehen sind, merkt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann an, dass dieses Gebiet weit von der Elbe entfernt ist.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1542-56(V)12

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB, der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB und während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 178-4A „Südlich Peter-Paul-Straße“ in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:
Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.
2. Einzelbeschlüsse sind nicht zu fassen, womit die Benachrichtigung der Ergebnisse der Abwägung unter Angabe der Gründe gemäß § 3 Abs. 2 BauGB entfällt.
3. Die gefassten Einzelbeschlüsse der Zwischenabwägung aus der Drucksache DS0492/08, Sitzung des Stadtrates vom 26.02.09, Beschluss-Nr. 2379-79(IV)09, und aus der Drucksache DS0340/09, Sitzung des Stadtrates vom 03.12.09, Beschluss-Nr. 216-009(V)09, wurden überprüft und bedürfen keiner erneuten Beschlussfassung.

7.26. Abwägung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178-4B DS0266/12
"Südlich Hafestraße"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1544-56(V)12

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB, der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB und während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 178-4B „Südlich Peter-Paul-Straße“ in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:
Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.
2. Einzelbeschlüsse sind nicht zu fassen, womit die Benachrichtigung der Ergebnisse der Abwägung unter Angabe der Gründe gemäß § 3 Abs. 2 BauGB entfällt.
3. Die gefassten Einzelbeschlüsse der Zwischenabwägung aus der Drucksache DS0494/08, Sitzung des Stadtrates vom 04.12.08, Beschluss-Nr. 2271-75(IV)08, und aus der Drucksache DS0343/09, Sitzung des Stadtrates vom 03.12.09, Beschluss-Nr. 218-009(V)09, wurden überprüft und bedürfen keiner erneuten Beschlussfassung.

- 7.27. Satzung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178-4B "Südlich Hafestraße" DS0267/12

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Stadtrat **beschließt** mit 40 Ja-, 3 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1545-56(V)12

4. Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 10. August 2009 (GVBl. S. 383), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 12.11.2012 die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178-4B „Südlich Hafestraße“, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), als Satzung.
5. Die Begründung zum Bebauungsplan und die zusammenfassende Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB werden gebilligt.
6. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

- 7.28. Abwägung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 178-4C "Stendaler Straße" DS0268/12

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse StBV, UwE und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1546-56(V)12

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB, der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4

- 7.30. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum B-Plan Nr. 451-4 "Porsestraße" DS0283/12
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1548-56(V)12

1. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 451-4 „Porsestraße“ und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt.
2. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 451-4 „Porsestraße“ und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB erfolgt parallel zur Auslegung des Entwurfs.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 451-4 „Porsestraße“ ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen.

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

- 7.31. Bebauungsplan Nr. 368-1 A "Kümmelsberg Westseite", Teilbereich A - Änderung des Stadtratsbeschlusses zur DS0313/10 (Beschluss-Nr. 648-26(V)10) DS0078/11
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss UwE empfiehlt zum Punkt 1 die Beschlussfassung. Zum Punkt 2 empfiehlt er die Beschlussfassung nicht.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann geht erläuternd auf die Historie der vorliegenden Drucksache DS0078/11 ein. Dabei verweist er auf die wechselseitige Interessenlage.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Frank Schuster informiert über die lebhafteste Diskussion und stellt fest, dass daraus resultierende Fragen in der vorliegenden Drucksache DS0078/11 nicht berücksichtigt wurden. Er stellt abschließend fest, dass es kein eindeutiges Votum des Ausschusses gibt, da sich die Mitglieder beim Vororttermin der Bürgermeinung angeschlossen haben.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke bezeichnet die vorliegende Drucksache DS0078/11 als nicht zufriedenstellend. Er sieht dringenden Redebedarf, wie die Erschließung in diesem Gebiet zu erfolgen hat und merkt an, dass die Gersdorfer und Irxleber Straße in einen sanierten Zustand versetzt werden müssen. Er bringt den Änderungsantrag DS0078/11/1 ein.

Stadtrat Czogalla, SPD-Stadtratsfraktion, erinnert daran, dass man sich schon lange mit dieser Thematik beschäftigt und sieht das entscheidende Problem in der Eigentumsfrage. Er nimmt zum Änderungsantrag DS0078/11/1 der Fraktion CDU/BfM Stellung und hält eine derzeitige Erschließung der Gersdorfer und Irxleber Straße für nicht günstig. Er signalisiert abschließend die Zustimmung seiner Fraktion zur vorliegenden Drucksache DS0078/11.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen ein und verweist auf eine Vorortbegehung seinerseits. Er warnt davor, hier scharfe Bedingungen festzulegen und hält eine Erschließung über die beiden Straßen für zumutbar.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, hält in seinen Ausführungen die Anbindung an den Kümmelsberg als Ideallösung. Er fragt nach, ob die Straßenausbaubeiträge so einfach umlegbar sind. Stadtrat Stern plädiert dafür, den städtebaulichen Vertrag und den Satzungsbeschluss zeitgleich vorzulegen. Er regt an zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, eine Straße als Einfahrt- und die andere Straße als Ausfahrtstraße zu nutzen.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann weist darauf hin, dass die Verkehrsführung im Rahmen der Bauleitplanung mit geprüft werden kann. Er geht klarstellend auf die Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, zur Umlage der Straßenausbaubeiträge und zu den Ausbaumöglichkeiten der Gersdorfer und Irxleber Straße ein. Er hält die Forderung des Stadtrates Stern, den städtebaulichen Vertrag und den Satzungsbeschluss zeitgleich vorzulegen, für unschädlich und sichert dieses Verfahren zu.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, bittet in seinen Ausführungen darum, den Straßenausbau nicht zur Bedingung zu machen und signalisiert seine Zustimmung zur vorliegenden Drucksache DS0078/1.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, trägt im Namen seiner Fraktion den Änderungsantrag DDS0078/11/1 der Fraktion CDU/BfM mit. Er unterstützt weiterhin die Ausführungen des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM. Stadtrat Canehl hält es für fraglich, ob dieses Erschließungsgebiet Priorität hat.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass es Ziel ist, Familien mit Kindern in der Landeshauptstadt Magdeburg zu halten. Bezüglich des vorliegenden Änderungsantrages DS0078/11/1 der Fraktion CDU/BfM merkt er an, dass dies keine Bedingung sondern nur eine Forderung sein kann.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Hans-Jörg Schuster legt die Position seiner Fraktion dar. Dabei merkt er an, dass der Königsweg die Anbindung an den Kümmelsberg wäre. Er geht auf die Sorgen der Anwohner der Gersdorfer und Irxleber Straße ein und plädiert dafür, nach einer Möglichkeit zu suchen, wie die Straßen sinnhaft ausgebaut werden können. Stadtrat Hans-Jörg Schuster warnt davor, Einbahnstraßen einzurichten. Er signalisiert die Zustimmung zum vorliegenden Änderungsantrag DS0078/11/1 der Fraktion CDU/BfM.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei Stadtrat Theile legt seinen persönlichen Standpunkt zur Thematik dar. Er plädiert ebenfalls dafür, nach einer Lösung zu suchen und begrüßt den Vorschlag des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, die Gersdorfer und Irxleber Straße als Einbahnstraßen zu errichten. Stadtrat Theile regt an, die Straßen soweit instand zu setzen, dass es für die Anwohner erträglich ist.

Abschließend erläutert der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke nochmals die Intention des Änderungsantrages DS0078/11/1.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0078/11/1 der Fraktion CDU/BfM mit 19 Ja-, 14 Neinstimmen und 12 Enthaltungen:

Folgende Kriterien sollen Bestandteil des städtebaulichen Vertrages werden:

Die Erschließung des Baugebietes „Kümmelsberg-Westseite“ Teilbereich A soll in folgender zeitlichen Abfolge realisiert werden:

1. Während der Bebauung des Baugebietes hat die Erschließung ausschließlich über den Kümmelsberg zu erfolgen.
2. Die Irxleber Straße und Gersdorfer Straße werden grundhaft ausgebaut. Die Planungs- sowie Realisierungskosten hierfür werden durch den Investor für das oben genannte Baugebiet getragen.
3. Die Erschließung des Baugebietes „Kümmelsberg-Westseite“ – Teilbereich A über die Irxleber Straße und Gersdorfer Straße erfolgt neben der Erschließung über den Kümmelsberg erst nach Abschluss dieses grundhaften Ausbaus.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0078/11/1 der Fraktion CDU/BfM mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 12 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1549-56(V)12

Der Stadtratsbeschluss, Beschluss-Nr. 648-26(V)10, wird wie folgt geändert:

1. Der Bebauungsplan wird im zweistufigen Regelverfahren erstellt (Beschlusspunkt 6).
2. Die verkehrliche Anbindung erfolgt über die Irxleber Straße, die Gersdorfer Straße und den Kümmelsberg (Beschlusspunkt 4 und 5).

Folgende Kriterien sollen Bestandteil des städtebaulichen Vertrages werden:

Die Erschließung des Baugebietes „Kümmelsberg-Westseite“ Teilbereich A soll in folgender zeitlichen Abfolge realisiert werden:

1. Während der Bebauung des Baugebietes hat die Erschließung ausschließlich über den Kümmelsberg zu erfolgen.
2. Die Irxleber Straße und Gersdorfer Straße werden grundhaft ausgebaut. Die Planungs- sowie Realisierungskosten hierfür werden durch den Investor für das oben genannte Baugebiet getragen.
3. Die Erschließung des Baugebietes „Kümmelsberg-Westseite“ – Teilbereich A über die Irxleber Straße und Gersdorfer Straße erfolgt neben der Erschließung über den Kümmelsberg erst nach Abschluss dieses grundhaften Ausbaus.

7.32.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan westlich der Straße Kümmelsberg	DS0251/11
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, zieht den vorliegenden Änderungsantrag DS0251/11/1 **zurück**.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper begründet das angestrebte Verfahren.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 11 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1550-56(V)12

Die Einleitung eines Satzungsverfahrens für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan entsprechend dem in der Anlage enthaltenen Antrag, die Flurstücke 10244, 10246 (teilweise) und 6551/2 (teilweise) auf der Westseite der Straße Kümmelsberg betreffend, wird abgelehnt.

8. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

8.1. Übertragung der Stadtratssitzungen A0171/10
Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
WV v. 09.12 10

Die Ausschüsse KRB und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Bromberg bittet darum, den Antrag A0171/10 im Sinne der Stellungnahme S0247/12 und dem redaktionellen Hinweis des Ausschusses VW zu beschließen.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, fragt nach, inwieweit die Persönlichkeitsrechte beeinträchtigt sind.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster hat Bedenken, dass dadurch die Profilierungssucht einiger Stadträte ausufern wird. Er hält aber einen Probelauf für sinnvoll.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass die Verwaltung nicht der große Befürworter bezüglich der Übertragung von Stadtratssitzungen ist. Er spricht sich aber dafür aus, den Testlauf zu starten, um dann eine Résümé zu ziehen. Herr Dr. Trümper informiert in diesem Zusammenhang, dass das Unternehmen MDCC angeboten hat, eine Übertragung mit der kostenlosen Bereitstellung entsprechender Technik für ein Jahr zu unterstützen. Allerdings würde das Unternehmen nicht die Kameraführung übernehmen.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, hat ebenfalls Bedenken, dass die Übertragung der Stadtratssitzungen der sachlichen Arbeit dient.

Stadtrat Grünewald, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, vertritt den Standpunkt, dass Stadträte Personen des öffentlichen Lebens sind und schlägt vor, eine Redezeitordnung einzuführen. Er unterstützt den vorliegenden Antrag A0171/10.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, unterstützt ebenfalls den vorliegenden Antrag A0171/10 der SPD-Stadtratsfraktion und schlägt bezüglich der Kameraführung vor, dass dies Studenten medienpädagogischer bzw. politikwissenschaftlicher Studiengänge der Uni Magdeburg übernehmen könnten.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Annahme des Antrages A0171/10 aus.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, verweist auf die Diskussion im Ausschuss FG und merkt an, dass dort nichts über die Kosten gesagt wurde. Sie schließt sich den Befürchtungen des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, an.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei Stadtrat Theile unterstützt ebenfalls den Probelauf und merkt an, dass die Resonanz zeigen wird, wie weiter verfahren werden kann.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke verweist auf die Skepsis seiner Fraktion und bittet darum, den Testlauf zu analysieren.

Stadträtin Szydzick, Fraktion CDU/BfM, hält den Antrag A0171/10 für unterstützenswert. Sie hat aber ebenfalls Bedenken, dass sich dadurch die Redezeit einzelner Stadträtinnen und Stadträte in die Länge zieht und würde ebenfalls eine Redezeitbegrenzung begrüßen. Abschließend bittet Stadträtin Szydzick zu bedenken, dass nach der Testphase Kosten für die Stadt entstehen werden.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung der vorliegenden Stellungnahme S0247/12 und dem redaktionellen Hinweis des Ausschusses VW mehrheitlich, bei 6 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1551-56(V)12

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zukünftig den öffentlichen Teil der Sitzungen des Stadtrats der Landeshauptstadt Magdeburg in einer Testphase zeitversetzt zu übertragen.

8.2.	Einheits- und Partnerschaftsradweg MD - BS zum Jubiläum der Städtepartnerschaft	A0054/12
	Fraktion SPD-future! WV v. 31.05.12	

Die Ausschüsse StBV und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG hat den Antrag A0054/12 zur Kenntnis genommen.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Danicke, SPD-Stadtratsfraktion, zu den Beratungsergebnissender Arbeitsberatung der ILE-Region Magdeburg am 06.08.12 informiert der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann, dass die Trassen ein Problem sind.

Gemäß Antrag A0054/12 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1552-56(V)12

Der Oberbürgermeister wird gebeten, die unverzügliche Einrichtung eines „Einheits- und Partnerschaftsradweg Magdeburg-Braunschweig“ zu prüfen, dieser soll von Rathaus zu Rathaus führen. Routen bereits vorhandener Radwege, wie z.B. die des Niedersächsischen Fernradwegs Enschede – Helmstedt, sind bei der Planung zu berücksichtigen.

Die Planung auf der Niedersächsischen Seite soll durch die Verantwortlichen der Stadt Braunschweig erfolgen. Dem Stadtrat ist bis zum 30.06.12 eine Zwischeninformation über den Planungsablauf zu geben.

Um eine Einweihung, noch im Jubiläumsjahr zu gewährleisten, wird um sofortige Abstimmung gebeten.

8.3.	Tag der Bibliotheken	A0056/12
	FDP-Ratsfraktion VV v. 31.05.12	

Die Ausschüsse BSS und K empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG hat den Antrag A0056/12 zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Bartelmann, FDP-Fraktion, begrüßt die vorliegende Stellungnahme S0165/12 und bittet um Zustimmung zum vorliegenden Antrag A0056/12.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke informiert über die Diskussion im Ausschuss.

Gemäß Antrag A0056/12 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1553-56(V)12

Der Oberbürgermeister wird gebeten, unter Federführung der Stadtbibliothek Magdeburg eine Arbeitsgruppe zu initiieren, die sich um die Durchführung eines Tages der Bibliotheken in Magdeburg bemüht, an dem sich möglichst viele Magdeburger Bibliotheken beteiligen.

Dieser Tag der Bibliotheken soll am 24. Oktober 2012 stattfinden. Sollte der organisatorische Vorlauf dies nicht zulassen, ist anzustreben, dass der erste gemeinsame Tag der Magdeburger Bibliotheken am 24. Oktober 2013 durchgeführt wird.

8.4. Sportbegeisterung bei Kindern und Jugendlichen wecken A0066/12

Fraktion CDU/BfM

WV v. 05.07.12

Die Ausschüsse BSS und Juhi empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, erläutert das Grundanliegen des Antrages A0066/12. Er bittet darum, den Antrag im Sinne der Stellungnahme S0215/12 zu beschließen.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion begrüßt im Namen seiner Fraktion den vorliegenden Antrag A0066/12 signalisiert die Zustimmung.

Gemäß Antrag A0066/12 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1554-56(V)12

Der Oberbürgermeister wird beauftragt mit dem Stadtsportbund Magdeburg in Kontakt zu treten mit dem Ziel, gemeinsam für die Sommerferien, beginnend mit dem Jahr 2013, ein Projekt zur sportlichen Betätigung für Kinder und Jugendliche in der Landeshauptstadt zu organisieren. Zur Finanzierung soll die Einwerbung von Drittmitteln (zum Beispiel Projektförderung des Landes, Spendengeldern) geprüft werden.

8.5. Engstelle Adelheidring/Olvenstedter Straße beseitigen A0074/12

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

WV v. 05.07.12

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Gemäß Antrag A0074/12 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1555-56(V)12

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Engstelle für Radfahrer und Fußgänger an der Einmündung Adelheidring / Olvenstedter Straße auszuweiten, so dass sich Radfahrer und

Fußgänger an der Ampelanlage über den Adelheidring aufstellen können, ohne andere Verkehrsteilnehmer zu behindern oder zu gefährden.

8.6. Fairtrade-Stadt Magdeburg A0095/12
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 WV v. 06.09.12

Stadtrat Dr. Bock, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0095/12 ein. Er bezeichnet die vorliegende Stellungnahme S0244/12 als positiv und bittet um Zustimmung zum Antrag A0095/12.

Gemäß Antrag A0095/12 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1556-56(V)12

Die Landeshauptstadt Magdeburg beteiligt sich an der Kampagne „Fairtrade-Towns“ und strebt den Titel „Fairtrade-Stadt“ an und verpflichtet sich, die zur Erlangung des Titels notwendigen Kriterien zu erfüllen.

Zur Erlangung des Titels „Fairtrade-Stadt“ verpflichtet sich die Stadt Magdeburg im Weiteren, sich mit einer/m Vertreter/in der Stadt an der Bildung einer lokalen Steuerungsgruppe zu beteiligen, die auf dem Weg zur Fairtrade-Stadt die Aktivitäten vor Ort koordiniert. Die Aktivitäten zur Fairtrade-Stadt Magdeburg werden auf der Homepage der Stadt bekannt gemacht.

Antrag aus der Sitzung Jugend im Stadtrat

8.7. Ratsbeschlüsse für Jugendliche aufbereiten und kommunizieren A0184/11
 WV v. 12.01.12

Die Ausschüsse KRB, BSS, Juhi und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Bezüglich der Nachfrage der Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, in welcher Form der Antrag A0184/11 aus der Sitzung „Jugend im Stadtrat“ beschlossen wird, informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass der Antrag auf Wunsch der Jugendlichen im Sinne der vorliegenden Stellungnahme S0155/12 umgesetzt wird.

Gemäß Antrag A0184/11 aus der Sitzung „Jugend im Stadtrat“ **beschließt** der Stadtrat im Sinne der vorliegenden Stellungnahme S0155/12 einstimmig:

Beschluss-Nr. 1557-56(V)12

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob das Jugendinformationszentrum des Stadtjugendringes oder der Verein fjpmedia jugendrelevante Themen und Beschlüsse aus dem Stadtrat jugendgerecht aufbereiten und durch geeignete Kanäle für Jugendliche zur Verfügung stellen können. Ggf. ist zu prüfen, ob entsprechende Projekte durch die Stadtverwaltung unterstützt werden können.

Bezüglich einer prominenten Platzierung jugendrelevanter Themen innerhalb der städtischen Internetpräsenz wird der Oberbürgermeister beauftragt, spätestens 6 Monate nach dem Start des neuen Internetauftritts eine Analyse zum Nutzerverhalten für die entsprechenden Seiten vorzulegen und ggf. Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

Neuanträge

8.8. Gedenkbuch Feld der Vereinten Nationen A0116/12

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0116/12 in die Ausschüsse K und KRB – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0116/12 wird in die Ausschüsse K und KRB überwiesen.

8.9. Anbindung Lutherweg an Magdeburg A0117/12

Interfraktionell

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des interfraktionellen Antrages A0117/12 in die Ausschüsse K und RWB – vor.

Gemäß vorliegendem interfraktionellen Antrag A0117/12 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

- 8.13. Einführung von QR-Codes prüfen A0121/12
 FDP-Ratsfraktion
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0121/12 in die Ausschüsse RWB, FG und VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0121/12 wird in die Ausschüsse RWB, FG und VW überwiesen.

- 8.14. Würdigung 10 Jahre Magdeburger Bürgerdenkmal A0125/12
 Interfraktionell
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0125/12 in den Ausschuss VW – vor.

Gemäß vorliegenden interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0125/12 wird in den Ausschuss VW überwiesen.

- 8.15. "Magdeburg summt!" (- und Otto brummt) A0126/12
 Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0126/12 in den BA KGM und in die Ausschüsse UWE und VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0126/12 wird in den BA KGM und in die Ausschüsse UWE und VW überwiesen.

- 8.16. Festsetzung der Sudenburger Streuobstwiese im FNP A0127/12
Interfraktionell
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0127/12 in die Ausschüsse StBV, UwE und FG – vor.

Gemäß vorliegenden interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0127/12 wird in die Ausschüsse StBV, UwE und FG überwiesen.

- 8.17. Weiterentwicklung Tierheim Magdeburg A0128/12
Fraktion CDU/BfM
-

Hierzu liegt der Änderungsantrag A0128/12/1 der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei vor.

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0128/12 in die Ausschüsse KRB, FG und VW – vor, der durch den Vorsitzenden der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster um den Ausschuss GeSo ergänzt wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0128/12 wird in die Ausschüsse KRB, FG, VW und GeSo überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0128/12/1 der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei wird in die Beratungen mit einbezogen.

- 8.18. Gestaltung des Berliner Mauerstücks in der Magdeburger A0129/12
Innenstadt
Interfraktionell
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0129/12 in die Ausschüsse VW, Juhi und K – vor.

Gemäß vorliegendem interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0129/12 wird in die Ausschüsse VW, Juhi und K überwiesen.

8.19. Torsten-Lamprecht-Brücke A0130/12
Interfraktionell

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0130/12 in die Ausschüsse KRB und VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag A0130/12 wird in die Ausschüsse KRB und VW überwiesen.

8.20. Einrichtung einer Arbeitsgruppe (AG) "Wildtiere in der Stadt" A0131/12
Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0131/12 in die Ausschüsse KRB, UwE und VW vor, der durch den Vorsitzenden der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster um den Ausschuss GeSo ergänzt wird.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning weist darauf hin, dass der Tierschutzbeirat ein Gremium des Oberbürgermeisters ist und dieser im Rahmen der Erarbeitung der Stellungnahme zu diesem Antrag mit einbezogen wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0131/12 wird in die Ausschüsse KRB, UwE, VW und GeSo überwiesen.

8.21. Zooeingang Nord A0122/12
Interfraktionell

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei Stadtrat Theile bringt den interfraktionellen Antrag A0122/12 ein und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0122/12 in die Ausschüsse StBV und KRB - ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen:

Der GO-Antrag des Vorsitzenden der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster wird **abgelehnt**.

Gemäß interfraktionellem Antrag A0122/12 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1558-56(V)12

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der ZOOLOGISCHER GARTEN MAGDEBURG gGmbH, eine Information zu erarbeiten, in der detailliert dargestellt wird, wo, wie und wann der zweite Zooeingang in Richtung Stadtteil Nord realisiert wird.

8.22.	Elektrofahrzeuge für Fuhrpark der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/BfM	A0123/12
-------	--	----------

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM bringt den Antrag A0123/12 ein.

Stadtrat Dr. Bock, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Änderungsantrag A0123/12/1 ein.

Gemäß Änderungsantrag A0123/12/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen:

Der Stadtrat möge nachfolgende Ergänzung des Beschlusstextes beschließen:

Der Oberbürgermeister wird darüber hinaus beauftragt zu prüfen, inwieweit auch Elektrofahräder (e-Bikes) für den Kurzstreckeneinsatz in den Fuhrpark der Landeshauptstadt Magdeburg aufgenommen werden können. Zu diesem Zweck sind geeignete Kooperationspartner, z.B. auch Magdeburger Fahrradhändler zu gewinnen.

Gemäß Antrag A0123/12 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0123/12/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1559-56(V)12

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, in wie weit eine Kooperation mit dem Projektteam „editha“ der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (OvGU) und der Landeshauptstadt Magdeburg eingegangen werden kann und Elektrofahrzeuge für den Kurzstreckeneinsatz in den Fuhrpark der Landeshauptstadt Magdeburg aufzunehmen. Dazu wird vorgeschlagen, dass das von den Mitarbeitern aus 5 Lehrstühlen der Fakultät Maschinenbau der OvGU entwickelte Fahrzeug „editha“ an einem Standort der Stadtverwaltung (z.B. Hof des Baudezernats) zu etablieren. Ein Prototyp steht sofort zur Verfügung, weitere Fahrzeuge können kurzfristig geliefert werden.

Der Oberbürgermeister wird darüber hinaus beauftragt zu prüfen, inwieweit auch Elektrofahrräder (e-Bikes) für den Kurzstreckeneinsatz in den Fuhrpark der Landeshauptstadt Magdeburg aufgenommen werden können. Zu diesem Zweck sind geeignete Kooperationspartner, z.B. auch Magdeburger Fahrradhändler zu gewinnen.

10. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

10.1. Schriftliche Anfrage (F0237/12) des Stadtrates Reppin, Fraktion CDU/BfM – vorgetragen von Stadtrat Ansoerge, Fraktion CDU/BfM

Behinderungen der MVB durch Falschparker

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

ständig hat die MVB mit Falschparkern zu kämpfen, die im Gleisbereich der Straßenbahn parken. Dadurch werden diese Strecken für längere Zeit gesperrt und das führt bei den Fahrgästen zu großem Unmut. Dieses Problem haben andere Städte auch, die Regelungen sind dort aber einfacher und härter. In Köln werden Falschparker sofort abgeschleppt und in wenigen Minuten ist die Strecke wieder frei. Am Mittwoch, dem 07. November 2012, war beispielsweise die Straßenbahnstrecke in Cracau für eine Stunde durch einen Falschparker gesperrt. Selbst das Entfernen eines Autos im Haltestellenbereich gilt in Köln als Gefahrenabwehr, da aussteigende Fahrgäste behindert werden.

Wir investieren Millionen für den Ausbau des ÖPNV. Wenn hier keine Prioritäten gesetzt werden und Fahrgäste stundenlang auf eine Bahn warten müssen, nur weil es Zuständigkeitsprobleme gibt, kann wohl nicht mehr von einem attraktiven ÖPNV die Rede sein.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Was für einen Stellenwert hat der ÖPNV in Magdeburg?
2. Welche Wartezeiten sind für unsere zahlenden Kunden zumutbar?
3. Ist es nur eine Frage des Willens oder gibt es Gesetzeslücken, die ein schnelles Eingreifen verhindern?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme, in welcher dargelegt wird, welche Maßnahmen ergriffen werden, um diesen unakzeptablen Zustand in Zukunft zu vermeiden.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

In seinen Ausführungen verweist der Beigeordnete Herr Platz darauf, dass die in der Anfrage enthaltene Unterstellung hinsichtlich eines nicht gewollten bzw. gekonnten Eingreifens der Verwaltung so nicht stimmt.

Bezug nehmend auf den geschilderten Fall informiert Herr Platz, dass hierzu bereits eine schriftliche Stellungnahme des Ordnungsamtes an Stadtrat Reppin übergeben wurde.

Klarstellend zum Sachverhalt legt er dar, dass am 07. 11. 2012 um 7.23 Uhr im SOD die Meldung hinsichtlich der Behinderung der Weiterfahrt der Straßenbahn in der Genthiner Straße durch einen Falschparker einging. Um 7.45 Uhr war darauf hin ein Streifenwagen vor Ort und hat um 7.51 Uhr einen Schleppauftrag erteilt.

Um 8.15 Uhr hat sich die Fahrzeugführerin eingefunden und das Fahrzeug entfernt. Zu diesem Zeitpunkt war das Schleppunternehmen jedoch noch nicht vor Ort.

Abschließend legt er dar, dass andere Sachverhalte in diesem Kontext, die die Annahme rechtfertigen könnten, die Verwaltung würde dem nicht die nötige Priorität beimessen, nicht bekannt sind.

10.2. Schriftliche Anfrage (F0230/12) des Stadtrates Boeck, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei

Aktueller Stand der Straßenbahn-Trassenverlängerung der Nord-Süd-Verbindung in Richtung Neu-Reform inklusive Ausgleichsmaßnahmen im Freibad Süd

Im Freibad Süd gab es aufgrund der Straßenbahn-Verlängerung der Nord-Süd-Verbindung in Richtung Neu Reform große Einschnitte. In der Drucksache DS0590/08 wurden hierfür Ersatzmaßnahmen benannt.

Wir fragen den Oberbürgermeister:

Da der Bau dieses Trassenabschnitts zum 15.12.2012 fertiggestellt werden soll, möchten wir gerne wissen, **bis wann welche Ersatzmaßnahmen im Freibad Süd realisiert werden sollen**, damit es keine Einschränkungen für den Badebetrieb im Jahr 2013 gibt.

Außerdem ist der Trassenbau mit erheblichen Einschränkungen des Straßenverkehrs und einer enormen Belastung der kleinen Siedlungsstraßen der Stadtteile Reform und Hopfengarten verbunden. Wie uns aus Gesprächen mit ansässigen Unternehmen bekannt ist, sollte die Leipziger Straße bereits ab 15.10.2012 vollständig befahrbar sein, was jedoch nicht realisiert wurde.

Insofern interessiert uns, ab wann nun die vollständige Freigabe der Leipziger Straße und der Straßen in Neu Reform erfolgen soll?

Wir bitten um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung der Fragen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung

10.3. Schriftliche Anfrage (F0219/12) des Stadtrates Czogalla, SPD-Fraktion

Reparatur der defekten Brücke über die Schrote

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Bürger haben Mitglieder unsere Fraktion darauf aufmerksam gemacht, dass auf der Brücke über die Schrote, im Bereich der verlängerten Pestalozzistraße in Verbindung zur Harsdorfer Straße, ein Brückengeländer herausgerissen ist und in den Gehweg hineinragt.

Neben dem Hinweis auf diese Gefahrenstelle stelle ich die Frage, inwieweit durch kontinuierliche Begehungen von öffentlichen Straßenverkehrsanlagen und Wegen eine Erkennung derartiger und ähnlicher Gefahrenstellen kurzfristiger erreicht werden kann?

Um mündliche Beantwortung der Anfrage wird hiermit gebeten.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

In seiner Beantwortung informiert der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann, dass die Schrotebrücke am 12.10. 2012 von der Brückenmeisterei kontrolliert wurde. Einschränkend legt er dar, dass allerdings im Mai 2012 an dieser Brücke ein schlechter Zustand konstatiert wurde. Weiterhin führt er aus, dass diese Gefahrensituation, hier war es vermutlich ein nicht gemeldeter Kfz-Unfall, nicht immer ganz sichergestellt werden könne. Erläuternd verweist er darauf, dass die Verwaltung einen Prüfauftrag für 295 prüfpflichtige Teilbauwerke hat und einmal im Jahr bei diesen einzelnen Maßnahmen Prüfungen, das sind 197 Besichtigungen, 590 Beobachtungen bei den Rundfahrten, vornimmt. Mit dem Hinweis auf das hierfür einzusetzende Personal zur Kontrolle der Brückenbauwerke legt er dar, dass hiermit nicht rund um die Uhr eine flächendeckende Sicherung dargestellt werden kann.

Bei solchen einzelnen Vorfällen, wie Kfz-Unfälle oder besondere Havarien, sei die Verwaltung auch auf die Bürger angewiesen, die auch im geschilderten Fall den Defekt sehr zeitnah gemeldet haben. Somit war es möglich, an dem Bauwerk unmittelbar tätig werden zu können. Abschließend trifft er die Feststellung, dass die Kontrolldichte schon sehr erheblich sei, aber eben auch nicht so allumfassend, dass wöchentlich bzw. monatlich Kontrollfahrten an allen Bauwerken realisiert werden könnten.

10.4. Schriftliche Anfrage (F0224/12) der Stadträtin Schumann, FDP-Fraktion – vorgetragen von Stadtrat Schuster - FDP-Fraktion

Termine Eheschließungen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Laut Internetauftritt der Landeshauptstadt (siehe <http://www.magdeburg.de/index.php?object=tx%7c698.85.1&ModID=10&FID=698.225.1>) kann man 2013 in Magdeburg im Standesamt zusätzlich vom ersten Sonnabend im Mai bis zum ersten Sonnabend im Oktober auch sonnabends heiraten. Darüber hinaus werden folgende Sonnabendtermine angeboten: am 26.01., 16.02., 16.03., 20.04., 16.11. und 14.12. In der Lukasklausur sind Eheschließungen am 11.05., 22.06., 20.07., 17.08. möglich. Nach Absprache mit der Weißen Flotte und dem Standesamt sind auch Schiffstrauungen möglich.

Das heißt, dass in Magdeburg in den Monaten Januar, Februar, März, April sowie im Oktober, November und Dezember lediglich ein offizieller – und somit ohne zusätzliche Kosten verbundener – Sonnabendtermin für Eheschließungen angeboten wird. Die „normalen“, d.h. nicht zusätzlichen Trauungstermine weist der Internetauftritt des Standesamtes nicht aus.

Im Ergebnis eines Bürgergesprächs bitte ich Sie, nachstehende Fragen mündlich und ggf. ergänzend schriftlich zu beantworten:

1. Welche Trauungstermine sind in Magdeburg an Wochentagen möglich?
2. Wie viele Eheschließungen wurden 2010 und 2011 an den einzelnen Eheschließungstagen durchgeführt? (Bitte auch die Trauungen in der Lukasklausur und die Schiffstrauungen einbeziehen)
3. Wie viele Paare wurden auf einen anderen Sonnabendtermin „gelenkt“, weil an dem von ihnen gewünschten Sonnabend keine Trauungen durchgeführt wurden oder kein Termin mehr frei war?
4. Wie viele Eheschließungen wurden außerhalb der offiziellen Termine durchgeführt?
5. Aus welchen Gründen wird an sieben Monaten im Jahr lediglich ein Sonnabend für Eheschließungen angeboten?
6. Warum sind in Magdeburg keine Trauungen im Alten Rathaus möglich?

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Eingehend auf die Fragestellung hinsichtlich der Trauungstermine an Wochentagen informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass in Magdeburg im Regelfall von Montag bis Freitag geheiratet werden kann. Hinsichtlich der Nachfrage zur Anzahl der Eheschließungen 2010/2011 an den einzelnen Eheschließungstagen führt er aus, diese nicht entsprechend der konkreten Wochentage darlegen zu können und informiert, dass im Jahr 2010 926 Eheschließungen, davon 2 in der Lukasklausur und 5 auf einem Schiff, stattfanden. Im Jahr 2011 waren es 922 Eheschließungen und davon 6 Lukasklausur sowie 2 auf einem Schiff. Er legt seine Auffassung dar, dass die Relation dieser besonderen Trauungsorte deutlich macht. Insbesondere verweist er darauf, dass die Verwaltung selber vor Jahren bezüglich der Schiffstrauung aktiv wurde und auch eine ganze Weile Trauungen im Hundertwasserhaus angeboten hatte, aber die Nachfrage nach diesen speziellen Trauungsorten sich durchaus in Grenzen hält.

Er vertritt die Auffassung, dass Grund hierfür die Attraktivität der Räumlichkeiten sowie des Umfeldes des Hochzeitshauses, also des regulären Standesamtes, ist.

Im Weiteren führt er aus, dass davon ausgegangen wird, dass die angebotenen Sonnabende den Bedarf decken und es im Regelfall auch immer gelingt, bei Ausbuchung der Sonnabendtermine, den Heiratswilligen einen anderen Termin zu vermitteln.

Mögliche Gegenbeispiele sollten dabei jedoch die Ausnahme sein.

Bezug nehmend auf die Thematik Eheschließungen im Rathaus führt der Beigeordnete Herr Platz aus, dass diese natürlich nicht kategorisch ausgeschlossen sind. Hierbei steht jedoch die Frage, ob das Rathaus wirklich noch als zusätzlicher Trauungsort angeboten werden muss, da bislang diesbezüglich keine Nachfragen erfolgten. Seitens der Verwaltung besteht der Eindruck, dass mit dem vorhandenen Angebotsspektrum der Bedarf gedeckt werden kann; was die Zukunft in dieser Hinsicht bringt, muss abgewartet werden.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

10.5. Schriftliche Anfrage (F0229/12) des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM

Handy-Parken

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

am 16. Februar 2012 hat der Stadtrat dem Antrag A0081/11 „Umsetzung Anträge Handyparken“ mehrheitlich zugestimmt (Beschluss-Nr. 1243-45(V)12). Die Stadtverwaltung hatte bereits vor der Abstimmung die Stellungnahme S0177/11 verfasst, wo einige Bemühungen für die Umsetzung erfasst waren.

Seit der Abstimmung im Stadtrat gab es allerdings keine Information aus der Stadtverwaltung über den Fortgang des Projektes.

Daher möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

1. Was hat die Stadtverwaltung seit dem 16. Februar 2012 unternommen, um den Stadtratsbeschluss umzusetzen?
2. Welche aktuelle Zeitschiene liegt für das Projekt vor?
3. Wie weit sind die Verhandlungen mit den Anbietern der entsprechenden technischen Ausstattung?
4. Wodurch ist die zeitliche Verzögerung in der Bearbeitung des Beschlusses entstanden?

Wir bitten um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

Der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann informiert in seiner Antwort darüber, dass sowohl die entsprechende Hardware als auch die Software bereits besorgt wurde. Problematisch sei jedoch noch, dass die Parkgebührenordnung auf eine Rechtsverordnung des Landes beruht und hierzu noch keine offizielle Stellungnahme des Landes vorliegt.

Auf Nachfrage des Stadtrates Dr. Kutschmann informiert der Beigeordnete, dass nach Vorliegen der Stellungnahme des Landes die Maßnahme sofort umgesetzt werden könne. Entscheidender Punkt dabei sei, dass die notwendige Software auf der Grundlage der o.g. Rechtsverordnung eingespielt wird. Intern steht dafür intern eine Vorlaufzeit von vier Wochen zur Verfügung.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Bezug nehmend auf die Rechtsverordnung des Landes informiert der Oberbürgermeister, dass bereits vor einigen Jahren seitens der Stadt der schriftliche Hinweis gegeben wurde, diese Verordnung zu ändern. Dies wurde jedoch seitens des Landes abgelehnt.

Herr Dr. Trümper informiert über ein Schreiben des Ministers für Landesentwicklung und Verkehr Herrn Webel mit der Erklärung der Bereitschaft, diese Rechtsverordnung jetzt aufheben zu wollen. So können dann die Kommunen alleine entscheiden, wie sie die Parkordnung regeln. Es müsse jedoch noch abgewartet werden, bis eine entsprechende Veröffentlichung des Landes erfolgt ist.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Die Beantwortung der vorliegenden Anfragen F0233/12 der Fraktion CDU/BfM, F0238/12, F0239/12 und F0240/12 der Fraktion DIE LINKE, F0227/12 und F0222/12 und F0235/12 der FDP-Fraktion, F0215/12 und F0218/12 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie F0231/12 und F0232/12 des Stadtrates Wendenkampf erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Die F0236/12 der SPD-Stadtratsfraktion wurde im Rahmen der SR-Sitzung am 08.11.12 unter TOP 7.19 durch den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann beantwortet.

11. Informationsvorlagen

Die vorliegenden Informationen unter TOP 11.1 – 11.10 werden zur Kenntnis genommen.

11.6.	Gesamtbetrachtung Ottostadt Magdeburg Dachmarkenkampagne	I0232/12
-------	---	----------

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei Stadtrat Theile nimmt kritisch zur vorliegenden Information I0232/12 Stellung. Er stellt dabei fest, dass die Forsa-Umfrage erst nach der Erstellung der Information vorlag und kann nicht nachvollziehen, auf welcher Basis die Auswertung der Dachmarkenkampagne erfolgte. Stadtrat Theile stellt weiterhin kritisch fest, dass auf der Seite 3 der Information I0232/12 im 3. Absatz die Prozentzahl bezüglich des

Bekanntheitsgrades fehlt. Er stellt abschließend fest, dass die in der vorliegenden Information dargestellten euphorischen Erkenntnisse ihrerseits in der Magdeburger Bevölkerung nicht wahrgenommen werden können und sind vom Ergebnis der Forsa-Umfrage enttäuscht.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Wübbenhorst
Vorsitzende des Stadtrates

Silke Luther
Protokollantin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Wübbenhorst, Beate

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Bartelmann, Gregor

Biedermann, Ursula

Bock, Andreas Dr.

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Fassl, Josef

Giefers, Thorsten

Grünewald, Mario

Hans, Torsten

Häusler, Gerhard

Hein, Rosemarie Dr.

Heller, Werner

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hitzeroth, Jens

Hofmann, Andrea

Höroid, Helmut Dr.

Kraatz, Daniel

Krause, Bernd

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Meinecke, Karin

Meister, Olaf

Meyer, Steffi

Müller, Oliver

Nordmann, Sven

Rösler, Jens

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schoenberner, Hilmar

Schumann, Andreas

Schuster, Frank

Schuster, Hans-Jörg

Schwenke, Wigbert

Stern, Reinhard

Szydzick, Claudia

Theile, Frank

Trümper, Lutz Dr.

Wähnelt, Wolfgang

Zimmer, Monika

Geschäftsführung

Luther, Silke

Abwesend

Boeck, Helga

Budde, Andreas
Gärtner, Matthias
Guderjahn, Marcel
Hoffmann, Michael
Reppin, Bernd
Rohrßen, Martin
Schumann, Carola
Stage, Mirko
Tybora, Jacqueline
Wendekampf, Oliver A. Dipl. Biol.